

Globale Politische Ökonomie

Hans-Jürgen Bieling  
Simon Guntrum *Hrsg.*

# Neue Segel, alter Kurs?

Die Eurokrise und ihre Folgen für  
das europäische Wirtschaftsregieren



Springer VS

---

# Globale Politische Ökonomie

## **Reihe herausgegeben von**

Brigitte Young, Münster, Deutschland

Hans-Jürgen Bieling, Tübingen, Deutschland

Oliver Kessler, Erfurt, Deutschland

Andreas Nölke, Frankfurt am Main, Deutschland

Im Zuge der beschleunigten Globalisierung seit den 1970er Jahren ist ein neues interdisziplinäres Forschungs- und Diskussionsgebiet entstanden, das als Globale Politische Ökonomie (GPÖ) bezeichnet wird. Die GPÖ markiert ein Schnittfeld, auf dem sich eine Vielzahl sozialwissenschaftlicher Disziplinen – von der Politik- und Wirtschaftswissenschaft, über die Soziologie und Geschichtswissenschaft bis hin zur Geographie und Rechtswissenschaft – begegnen und sich in der Analyse inter- und transnationaler politökonomischer Phänomene wechselseitig befruchten und inspirieren. In der jüngeren Vergangenheit haben sich mehrere, jeweils spezifisch zugeschnittene Analyseperspektiven herauskristallisiert, die ihre Aufmerksamkeit auf das Zusammenspiel von Produktion, Marktorganisation und politischer Regulierung unter Einschluss von politisch-soziologischen Machtverhältnissen, zivilgesellschaftlichen Kooperations- und Kommunikationsformen oder rechtlich-institutionellen Verfahren richten. Mit anderen Worten, die GPÖ befasst sich in der Analyse des globalen bzw. globalisierten Kapitalismus nicht zuletzt mit den vielfältigen materiellen und diskursiven Konflikten, die diesem eingeschrieben sind. Dies signalisiert, dass die Buchreihe bestrebt ist, ein breites Spektrum an Studien zu Wort kommen zu lassen, die unterschiedliche theoretische und methodische Zugänge abbilden. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit geht es unter anderem um folgende Schwerpunkte:

- Historische Entwicklungslinien spezifischer Gegenstandsbereiche;
- Kritik und/oder Weiterentwicklung etablierter politökonomischer Theoreme, Paradigmen oder Kapitalismus-Konzeptionen;
- Feministisch-ökonomische Ansätze der Interaktion von globalen, lokalen und regionalen Wirtschafts- bzw. Entwicklungsprozessen;
- Wandel globaler Kräfteverhältnisse, d. h. politökonomischer Machtbeziehungen und staatlicher Organisationsmuster;
- Internationale Arbeitsteilung und Entwicklung der Nord-Süd-Beziehungen;
- Genese und Funktionsweise internationaler oder globaler Institutionen und Regime (Produktion, Handel, Finanzmärkte, Sicherheit, Umwelt, Energieversorgung etc.) sowie hierauf bezogener transnationaler Netzwerke;
- Regionale Integrationsprozesse sowie diese prägende Institutionen, Akteure und Kräfteverhältnisse;
- Grenzüberschreitende politökonomische Krisen, vor allem Verschuldungs-, Finanz- oder Stagnationskrisen;
- Globalisierung und Globalisierungskritik unter Einschluss globalisierter Kulturbeziehungen.

Ein wesentliches Ziel der Buchreihe besteht darin, die vielfältigen Analyseperspektiven der GPÖ nicht nur darzustellen, sondern auch kommunikativ miteinander zu vernetzen. In diesem Sinne sind auch Vorschläge für interdisziplinär angelegte und kohärent strukturierte Sammelbände willkommen. Publikationsideen und Manuskripte nehmen die HerausgeberInnen entgegen.

Weitere Bände in der Reihe <http://www.springer.com/series/12176>

---

Hans-Jürgen Bieling · Simon Guntrum  
(Hrsg.)

# Neue Segel, alter Kurs?

Die Eurokrise und ihre Folgen für das  
europäische Wirtschaftsregieren

 Springer VS

*Hrsg.*

Hans-Jürgen Bieling  
Institut für Politikwissenschaft  
Eberhard Karls Universität Tübingen  
Tübingen, Deutschland

Simon Guntrum  
Institut für Politikwissenschaft  
Eberhard Karls Universität Tübingen  
Tübingen, Deutschland

ISSN 2625-8749

ISSN 2625-8757 (electronic)

Globale Politische Ökonomie

ISBN 978-3-658-25036-2

ISBN 978-3-658-25037-9 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-25037-9>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Verantwortlich im Verlag: Jan Treibel

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung: Ungleiche Entwicklung und asymmetrische Machtbeziehungen im Zeichen der Eurokrise</b> . . . . .	1
Hans-Jürgen Bieling und Simon Guntrum	
<b>Die Europäische Wirtschaftsunion zwischen Vertiefung und Desintegration. Blockade und wachsende Asymmetrie zwischen Deutschland und Frankreich</b> . . . . .	21
Etienne Schneider und Felix Syrovatka	
<b>Das (un)heimliche Zentrum der Macht – Zum Wandel der Europäischen Zentralbank in der Krise.</b> . . . . .	61
Mathis Heinrich	
<b>Machtzentrum hinter dem Vorhang: Die informelle Eurogruppe und ihre erneuerte Rolle im Euroregime.</b> . . . . .	83
Joscha Abels	
<b>Stabilisierung, Vertiefung und Konsolidierung der Economic Governance: Elitenstrategien in der europäischen Krise</b> . . . . .	109
Milan Babic	
<b>Zurück in der Spur: Die europäische Finanzmarktintegration von der Krise bis zur Kapitalmarktunion</b> . . . . .	139
Simon Guntrum	
<b>Sozialpolitischer Interventionismus.</b> . . . . .	175
Julia Lux und Jannis Kompsopoulos	

---

<b>Vom beschränkenden Dissens zur desintegrierenden Polarisierung. Legitimitätsprobleme der Europäischen Union in der Eurokrise</b> . . . . .	201
Nikolai Huke und Angela Wigger	
<b>Eine solidarische EU: Wie können Fiskal- und Sozialunion konzipiert werden?</b> . . . . .	229
Brigitte Young und Willi Semmler	
<b>Für eine Vielfalt der Wirtschafts- und Sozialmodelle! Gegen einen monolithischen Eurostaat</b> . . . . .	251
Andreas Nölke	
<b>Entwicklung und Perspektiven des Wirtschaftsregierens im EU-Imperium</b> . . . . .	281
Hans-Jürgen Bieling	

---

# Herausgeber- und Autorenverzeichnis

---

## Über die Herausgeber

**Prof. Dr. Hans-Jürgen Bieling** Professor für Politik und Wirtschaft/Politische Ökonomie, Institut für Politikwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland, [hans-juergen.bieling@uni-tuebingen.de](mailto:hans-juergen.bieling@uni-tuebingen.de)

**Simon Guntrum** wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Politikwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland, [simon.guntrum@uni-tuebingen.de](mailto:simon.guntrum@uni-tuebingen.de)

---

## Autorenverzeichnis

**Joscha Abels** wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Politikwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland, [joscha.abels@uni-tuebingen.de](mailto:joscha.abels@uni-tuebingen.de)

**Milan Babic** Doktorand, University of Amsterdam, NB Amsterdam, Niederlande, [m.babic@uva.nl](mailto:m.babic@uva.nl)

**Dr. Mathis Heinrich** Referent, Philipps Universität Marburg, Marburg, Deutschland, [mathis.heinrich@uni-marburg.de](mailto:mathis.heinrich@uni-marburg.de)

**Dr. Nikolai Huke** wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Politikwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland, [nikolai.huke@uni-tuebingen.de](mailto:nikolai.huke@uni-tuebingen.de)



**Jannis Kompopoulos** Doktorand, Institut für Politikwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland, [ioannis.kompopoulos@ifp.uni-tuebingen.de](mailto:ioannis.kompopoulos@ifp.uni-tuebingen.de)

**Dr. Julia Lux** Lehrbeauftragte, School of Social Science, Liverpool Hope University, Liverpool, UK, [luxj@hope.ac.uk](mailto:luxj@hope.ac.uk)

**Prof. Dr. Andreas Nölke** Professor für Politikwissenschaft, insbesondere Internationale Beziehungen und Internationale Politische Ökonomie, Institut für Politikwissenschaft, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, Frankfurt am Main, Deutschland, [a.noelke@soz.uni-frankfurt.de](mailto:a.noelke@soz.uni-frankfurt.de)

**Etienne Schneider** Universitätsassistent, Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien, Wien, Deutschland, [etienne.schneider@univie.ac.at](mailto:etienne.schneider@univie.ac.at)

**Prof. Dr. Willi Semmler** Professor für Internationale Kooperation und Entwicklung, The New School, New York, USA, [semmlerw@newschool.edu](mailto:semmlerw@newschool.edu)

**Felix Syrovatka** Doktorand, Institut für Politikwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland, [felix.syrovatka@fu-berlin.de](mailto:felix.syrovatka@fu-berlin.de)

**Dr. Angela Wigger** associate professor an der Radboud Universität Nijmegen, Nijmegen, NL, [a.wigger@fm.ru.nl](mailto:a.wigger@fm.ru.nl)

**Prof. Dr. Brigitte Young** emeritierte Professorin für Politikwissenschaft und Internationale/Vergleichende Politische Ökonomie (unter Berücksichtigung von Feministischer Ökonomie), Institut für Politikwissenschaft, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Berlin, Deutschland, [byoung@uni-muenster.de](mailto:byoung@uni-muenster.de)

---

# Abkürzungsverzeichnis

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfD	Alternative für Deutschland
AFME	Association for Financial Markets in Europe
AIF	Alternative Investmentfonds
AIFM	Alternative Investment Fund Manager
AIMA	Alternative Investment Management Association
AMUE	Association for the Monetary Union of Europe
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BE	Businesseurope
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BVWWU	Bericht zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion
CCP	Central Counterparty
CDU	Christlich Demokratische Union
CEO	Chief Executive Officer
CETA	Comprehensive Economic and Trade Agreement
CMU	Capital Markets Union
CRD	Capital Requirements Directive
CRR	Capital Requirements Regulation
CSR	Country-specific Recommendations
CSU	Christlich Soziale Union
DG EMPL	Directorate-General for Employment, Social Affairs and Inclusion
EBA	European Banking Authority
ECON	Economic and Monetary Affairs Committee
EDIS	European Deposit Insurance Scheme

---

EEA	Einheitliche Europäische Akte
EEG	European Economic Governance
EFC	Economic and Financial Committee
EFR	European Financial Services Round Table
EFSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
EG	Europäische Gemeinschaft
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
EMCO	Employment Committee
EMIR	European Market Infrastructure Regulation
EPSCO	Employment, Social Policy, Health and Consumer Affairs Council
ERT	European Round Table of Industrialists
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
ESMA	European Securities and Markets Authority
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EFW	Europäischer Währungsfonds
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWG	Eurogroup Working Group
EWS	Europäisches Währungssystem
EZB	Europäische Zentralbank
FN	Front National
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FSAP	Financial Services Action Plan
FSB	Financial Stability Board
IB	Internationale Beziehungen
ICMA	International Capital Markets Association
ILO	International Labour Organisation
IPÖ	Internationale Politische Ökonomie
IWF	Internationaler Währungsfonds
KMU	Klein- und mittelständische Unternehmen
LOLR	Lender of Last Resort
MEDEF	Mouvement des entreprises de France
MiFID	Markets in Financial Instruments Directive
MiFIR	Markets in Financial Instruments Regulation
NGO	Non-Governmental Organization
OCA	Optimum Currency Area
OGAW	Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren

---

OMT	Outright Monetary Transactions
OMTP	Outright Monetary Transactions Programme
OTC	Over the Counter
PEPP	Pan-European Personal Pension Product
PRIIP	Packaged Retail Investment and Insurance Products
SMP	Securities Market Programme
SPC	Social Protection Committee
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRF	Single Resolution Fund
SRM	Single Resolution Mechanism
SSM	Single Supervisory Mechanism
STS-Verbriefung	Simple, Transparent, Standardized
SWP	Stabilitäts- und Wachstumspakt
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership
UKIP	United Kingdom Independence Party
UNICE	Union of Industrial and Employers' Confederation of Europe
VO	Verordnung
WTO	World Trade Organisation
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion



# Einleitung: Ungleiche Entwicklung und asymmetrische Machtbeziehungen im Zeichen der Eurokrise

Hans-Jürgen Bieling und Simon Guntrum

## 1 Die Entstehung des europäischen Wirtschaftsregierens: Entwicklungskrisen und politische Projekte

In der Vergangenheit folgte die europäische Integration meistens einem Muster: Wiederkehrende Krisen wurden durch neue Integrationsschübe überwunden. Solche kriseninduzierten Integrationsdynamiken lassen sich begrifflich als „Entwicklungskrisen“ (Deppe 1993, S. 55) fassen. Krisen sind in diesem Sinne als „Katalysatoren einer begrenzten Umformung und Weiterentwicklung“ der EU (Bieling 2013a, S. 93) zu verstehen und heben den Integrationsprozess durch Politiken der Vergemeinschaftung auf eine neue Stufe. Durch spezifische politische Projekte konnten Krisen meistens recht schnell und mit integrationsfördernder Wirkung überstanden werden. Relevanten politischen Entscheidungsträgern und europäischen Eliten gelang es, entsprechende Projekte zu initiieren und durch programmatische Pointierung auf ein europäisches Gemeinschaftsinteresse zu verweisen (Bieling und Steinhilber 2000). Es finden sich zahlreiche Beispiele solcher Projekte und Initiativen: der „Luxemburger Kompromiss“ als Antwort auf die „Politik des leeren Stuhls“ des damaligen französischen Präsidenten Charles de Gaulle Mitte der 1960er Jahre; das Europäische Währungssystem als Reaktion auf das Scheitern des „Werner-Plans“, eines ersten Versuchs zur Etablierung einer Wirtschafts- und Währungsunion; sowie – sicherlich einer der bedeutendsten

---

H.-J. Bieling (✉) · S. Guntrum  
Institut für Politikwissenschaft, Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland  
E-Mail: [hans-juergen.bieling@uni-tuebingen.de](mailto:hans-juergen.bieling@uni-tuebingen.de)

S. Guntrum  
E-Mail: [simon.guntrum@uni-tuebingen.de](mailto:simon.guntrum@uni-tuebingen.de)

Integrationschritte – das EG-Binnenmarktprojekt als Antwort auf die in den 1980er Jahren festgestellte „Eurosclerose“. Schließlich folgte auf die „Post-Maastricht-Krise“ (Deppe 1993) Anfang der 1990er Jahre der nächste große Wurf – die Einführung der gemeinsamen Währung und die Vereinheitlichung der Geldpolitik.

Die politischen Projekte und Initiativen der europäischen Integration sind in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion unterschiedlich interpretiert worden. Vereinfacht kann zwischen zwei Sichtweisen oder „Erzählungen“ differenziert werden: Die eine Erzählung neigt dazu, die europäische Integration als produktive Komponente innerhalb der Dynamiken einer global angelegten marktliberalen Restrukturierung zu begreifen. Durch die Deregulierung und Liberalisierung von Märkten, die Privatisierung von Infrastruktur und öffentlicher Daseinsvorsorge und die Flexibilisierung von Arbeitsmärkten werden in dieser Perspektive die ökonomischen Strukturen modernisiert und wettbewerbsfähiger gestaltet. Die gesteigerte europäische Wettbewerbsfähigkeit dient vor allem dazu, die Investitionstätigkeit und Beschäftigung zu stimulieren, um die sozioökonomische Entwicklung zu stabilisieren (Guiso et al. 2004; Badinger 2005). Die andere Erzählung grenzt sich von dieser positiven Lesart ab und hebt die negativen, arbeits-, sozial-, umwelt- und demokratiepolitischen Implikationen der „neoliberalen“, d. h. markt- und wettbewerbszentrierten Reorganisation der europäischen politischen Ökonomie hervor (Crouch 2011). Um den disziplinierenden Charakter des eingeschlagenen Integrationspfades – nicht zuletzt für die Beschäftigten, Gewerkschaften und (sozial-)staatlichen Akteure – zu markieren, hat Stephen Gill (1998) die Konzeption des „neuen Konstitutionalismus“ in die Diskussion eingebracht. Diese Konzeption problematisiert, dass durch die Projekte des EG-Binnenmarktes, der WWU und der Finanzmarktintegration eine marktliberale Wettbewerbsordnung (vertrags-)rechtlich und institutionell verankert und zugleich der demokratischen Kontrolle und Gestaltung weitgehend entzogen wurde (Eichengreen 2007, S. 170; Ryner und Cafruny 2017, S. 91–92).

Jenseits dieser unterschiedlichen Erzählungen geht die jüngere politökonomische Diskussion davon aus, dass sich die Operationsweise der europäischen Ökonomie, einschließlich der sie stützenden Modi des Wirtschaftsregierens, im Kontext der Krisenprozesse der letzten Dekade, vor allem der transatlantischen Finanzkrise und der Staatsschulden- und Eurokrise, transformiert hat (Schimelfennig 2015; Jones et al. 2016). Die in diesem Band versammelten Beiträge nehmen die Diskussion über die jüngeren Reformprozesse auf und reflektieren, wie sie sich in die oben genannten Erzählungen einfügen. Der Blick richtet sich dabei auf die veränderte Funktionsweise des europäischen Wirtschaftsregierens, die damit verbundenen Implikationen für die nationalen Kapitalismus- und

Sozialmodelle, die in den Reformen zum Ausdruck kommenden Interessenkonstellationen und die prägenden Merkmale der institutionellen Machtverschiebungen. Bevor erläutert wird, welche Schwerpunkte die einzelnen Beiträge in diesem Band jeweils haben, will diese Einleitung zunächst einen allgemeinen Überblick über den Stand der wissenschaftlichen Diskussion geben und verdeutlichen, wie sich die politökonomische Krisen- und Problemkonstellation in den letzten Jahren entwickelt hat.

---

## 2 Das europäische Wirtschaftsregieren: Dimensionen der wissenschaftlichen Diskussion

Die Diskussionsbeiträge, die sich mit den Ursachen der Finanzkrise und dem Verlauf des Krisenmanagements befasst haben, lassen sich inzwischen kaum mehr überschauen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit lassen sich die meisten Publikationen drei Schwerpunkten zuordnen. Den *ersten* Schwerpunkt bilden Beiträge, die sich mit der Vorgeschichte und den Ursachen der Eurokrise und ihren unterschiedlichen Facetten auseinandergesetzt haben. Zunächst richtete sich der Blick auf die von den USA ausgehende globale Krisendynamik (Bieling 2009; Kessler 2011). Hieran schloss sich dann eine weit verzweigte Debatte über die Tragfähigkeit konkurrierender Krisendiagnosen an (zum Überblick vgl. Nölke 2016; Stockhammer et al. 2017). Einige Beiträge heben dabei die mangelnde fiskalische Disziplin der südeuropäischen Mitglieder der Eurozone hervor (Sinn 2013; Wyplosz 2013), andere problematisieren hingegen die makroökonomischen Ungleichgewichte – ausgeprägte Leistungsbilanzüberschüsse oder -defizite – innerhalb der Eurozone. Die Ursachen dieser Ungleichgewichte werden allgemein in den divergierenden nominalen Lohnstückkosten gesehen, wobei diese Tendenz entweder auf ein strukturelles Lohn- und Sozialdumping von deutscher Seite (Flassbeck und Lapavistas 2013, 2015) oder auf die institutionell bedingte Heterogenität der Lohnkoordinierung – und damit verbunden, auf divergierende Niveaus der Wettbewerbsfähigkeit – in unterschiedlichen Kapitalismusmodellen zurückgeführt wird (Hassel 2014; Höpner und Lutter 2018; Höpner und Seeliger 2018; Johnston et al. 2014).

Einen *zweiten* Diskussionsschwerpunkt bilden die Konzeptionen und Maßnahmen, die WWU zukünftig krisenfester zu machen. Auch hierauf bezogen sind sehr unterschiedliche Ideen und Vorschläge entwickelt worden. Auf der einen Seite stehen dabei Autoren (z. B. Feld et al. 2015; Meyer et al. 2018; Wyplosz 2013), die die Wiederherstellung von Marktdisziplin, eine strenge Auslegung des

europäischen Vertragswerks und eine strikte Haushaltsdisziplin der Nationalstaaten einfordern, zugleich aber eine fiskalische Risikoteilung und Kompetenzverlagerungen auf die EU-Ebene ablehnen. Genau diese Perspektive wird auf der anderen Seite von vielen Beobachtern kritisiert und zurückgewiesen. Das austeritätspolitische Paradigma und das Leitbild eines ausgeglichenen Staatshaushaltes wird dabei nicht selten als Ausdruck einer ideologisch verengten Weltsicht der europapolitisch hegemonialen Kräfte gedeutet, die zugleich sozioökonomisch verheerende Wirkungen erzeugt (Blyth 2014; Stützle 2014). Im Gegenzug wird auf das Problem der makroökonomischen Ungleichgewichte in der Eurozone verwiesen und vorgeschlagen, dem durch eine keynesianistische Wirtschaftspolitik, die sich auf Elemente der Nachfragesteuerung stützt, z. B. automatische Stabilisatoren und eine fiskalische Risikoteilung, etwa ein Eurozonenbudget oder Eurobonds, zu begegnen (Flassbeck und Lapavistas 2013; Herr et al. 2017; Stiglitz 2016). Einige Autoren betrachten eine derartige Reformbierbarkeit der WWU jedoch sehr skeptisch (Streck 2015a, b) und betonen, dass zwischen Gesellschaften und Staaten ungelöste Verteilungskonflikte bestehen, die nur durch erhebliche zwischenstaatliche Transfermechanismen abzufedern sind (Streck und Elsässer 2016).

Neben der analytisch angelegten Ursachenforschung und der stärker normativ geprägten Politikberatung gibt es noch einen *dritten* Diskussionsschwerpunkt. Dieser versammelt vor allem klassifizierende und interpretative Beiträge; und zwar in dem Sinne, dass die bisherigen Reformschritte im Bereich des europäischen Wirtschaftsregierens zusammengetragen, systematisiert und mit Blick auf ihre Wirkungen auf die europäische Ökonomie und den Fortgang der europäischen Integration reflektiert werden (vgl. etwa Dullien 2014; Schwarzer 2015). In den Versuchen einer Zwischenbilanz kommen zum Teil recht spezifische Erkenntnisinteressen zum Tragen. Einige Beiträge sind stärker integrationstheoretisch angelegt. Sie fragen unter anderem danach, welche Akteure das Krisenmanagement beeinflussen und wie dieses zugleich auf den Integrationsprozess zurückwirkt (Copelovitch et al. 2016, S. 828). Je nach Perspektive rücken dabei zwischenstaatliche, (deliberative) Verhandlungen und nationalstaatliche Präferenzen in den Fokus (Bickerton et al. 2015; Schimmelfennig 2015), oder es initiieren supranationale Akteure wie die EZB oder die Kommission weiterführende Integrationsschritte (Dehousse 2016). Zuweilen wird sogar ein Einflussgewinn des Europäischen Parlaments diagnostiziert (Schmidt 2016, S. 6 ff.). Einige Publikationen werfen zudem die Frage auf, wie der von der EU eingeschlagene Reformpfad unter Gesichtspunkten der politischen Legitimation zu bewerten ist (Rodrigues und Xiarchogiannopoulou 2014).



Der vorliegende Band greift die skizzierten Diskussionsschwerpunkte auf, versucht sie miteinander zu verknüpfen und die vielfältigen Reformprozesse zueinander in Beziehung zu setzen. Die einzelnen Beiträge haben unterschiedliche Fragestellungen und variieren auch ein wenig in der Analyseperspektive. Sie lassen sich allesamt jedoch dem Feld einer Kritischen Politischen Ökonomie zurechnen, die das europäische Krisenmanagement als Reaktion auf die ungleiche Entwicklung im europäischen Wirtschaftsraum und als Ausdruck und Moment gesellschaftlicher und europäischer Macht- und Herrschaftsbeziehungen begreift. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass die inhaltliche Ausrichtung des Krisenmanagements in Beziehung gesetzt wird zu den etablierten Strukturen der kapitalistischen Akkumulation und Regulation, dass die Kämpfe um Deutungshoheit transnational operierender Allianzen und deren – institutionalisierter – Hegemonie zugerechnet wird (Heinrich 2012, 2015), dass die Exekutivlastigkeit der europäischen Politik und die mit ihr verbundene Beschneidung demokratischer Partizipations- und Kontrollformen problematisiert wird; und dass zugleich auch die Widersprüche (Bieling 2013a, b), die der europäischen Integration und dem Krisenmanagement eingeschrieben sind, sowie Ansatzpunkte für europapolitische Alternativen thematisiert werden.

---

### **3 Prozesse der ungleichen Entwicklung in der Eurozone: Strukturelle Probleme der Währungsunion vor der Krise**

In der Eurokrise sind die Widersprüche und Spannungen im Integrationsprozess gewissermaßen aufgebrochen. Sie haben sich im europäischen Krisenmanagement – in manchen Phasen – in mitunter sehr scharfen Konflikten manifestiert. Um diese Entwicklung zu verstehen, lohnt es sich, die strukturellen Probleme in den Blick zu nehmen, mit denen die Integration, insbesondere das Projekt der WWU, bereits seit längerem zu kämpfen hat. Auf den ersten Blick begünstigte die gemeinsame Währung zunächst sicherlich auch das Wirtschaftswachstum und Prozesse der wirtschaftlichen Modernisierung. Mit der Bereitstellung grenzüberschreitend transparenter monetärer Rahmenbedingungen war die WWU in Verbindung mit anderen Initiativen der Finanzmarktliberalisierung – EG-Binnenmarkt, Aktionsplan für Finanzdienstleistungen oder Lissabon Strategie – ein wichtiger Baustein in der Herausbildung eines europäischen Finanzmarktkapitalismus (Macartney 2009; Deutschmann 2011; Bieling 2013c), d. h. des strukturell erhöhten Gewichts des Geldvermögens und der Rolle transnationaler Finanzmarktakteure, also von Großbanken, Investmentbanken, institutionellen

Anlegern wie Versicherungen, Pensionsfonds und Investmentfonds oder auch Hedgefonds und Private Equity Fonds. Darüber hinaus sind auch die großen Firmen der Wirtschaftsberatung und -prüfung zu nennen und Rating-Agenturen, die für die Beurteilung ökonomischer Entscheidungen oft maßgeblich sind. Der Entwicklung des Finanzmarktkapitalismus sind zugleich vielfältige Prozesse der Finanzialisierung eingeschrieben, d. h. der Durchdringung anderer Sphären der Ökonomie und der Gesellschaft durch finanzmarktgeprägte Motive und Rationalitäten (Nölke et al. 2013; Heires und Nölke 2014): so etwa durch die Reform der Corporate Governance und die vermehrte Shareholder Value Orientierung der börsennotierten Unternehmen, durch die Prozesse der Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur und Alterssicherung, oder auch durch die finanzmarktgestützte Preisexplosion auf den Immobilienmärkten.

Im Sinne dieser Prozesse hat die WWU sicherlich die monetäre, finanzmarktvermittelte Integration in Europa und die Modernisierung der nationalen Kapitalismusmodelle begünstigt und auch gewisse Wachstums- und Beschäftigungseffekte generiert. Mittel- und langfristig nachhaltiger wirkten zugleich jedoch die Dynamiken der ökonomischen Divergenz, zumal die WWU durch eine große Heterogenität ihrer nationalen Kapitalismus- und Sozialmodelle gekennzeichnet war (Hall 2014; Bieling und Buhr 2015; Lehndorff 2015). Bestehende Asymmetrien zwischen den Ökonomien der Eurozone sind durch die WWU und die Zentralisierung der Geldpolitik jedenfalls verstärkt worden (Becker et al. 2013). Durch den Wegfall interner Wechselkursanpassungen und durch die einheitliche Zinspolitik verstetigte sich der Dualismus zwischen den export- und importorientierten Modellen. Von zentraler Bedeutung waren dabei die auseinanderstrebenden Niveaus der „Wettbewerbsfähigkeit“, die ihrerseits nicht zuletzt durch die Entwicklung der Lohnstückkosten – der Löhne und der Arbeitsproduktivität – der betreffenden Ökonomien bedingt waren. In der Konsequenz kumulierten sich in einigen Ländern erhebliche Überschüsse, in anderen hingegen enorme Defizite in der Leistungsbilanz.

Die Export- oder Importorientierung der europäischen Ökonomien korrespondiert partiell mit der regionalen Unterscheidung von Zentrum und Peripherie. So liegt den Zentrum-Peripherie-Beziehungen in der EU nicht nur, aber doch häufig eine Gläubiger-Schuldner-Beziehung zugrunde. Vor der Krise war den Kapitalismusmodellen der peripheren Länder eine Zunahme der Staats- (Griechenland) und/oder der Privatverschuldung (Irland, Spanien) eingeschrieben. Das Wachstum dieser Ökonomien war in diesem Sinne stark schulden- und konsumgetrieben. Derartige Tendenzen wurden noch dadurch verstärkt, dass die verschärfte Konkurrenz im EG-Binnenmarkt oft die Prozesse der De-Industrialisierung beschleunigte; zumal den peripheren Ökonomien mit dem

Beitritt in die EU die Fähigkeit genommen wurde, spezifische eigene Industriezweige protektionistisch zu schützen und/oder industriepolitisch zu fördern (Becker et al. 2013). Instrumente der Gegensteuerung waren und sind auf europäischer Ebene allenfalls ansatzweise – z. B. im Rahmen der Struktur- und Regionalpolitik – vorhanden. Die starken privaten und/oder staatlichen Verschuldungsprozesse und die dadurch angetriebene konsumbasierte Wachstumsdynamik überdeckten zunächst diese De-Industrialisierungsprozesse (Nölke 2018, S. 452). Letztlich hat sich der ökonomische Fokus in Südeuropa jedoch auf Tourismus, Dienstleistungen, die Bauindustrie und jene Sektoren verschoben, die besonders arbeitsintensiv sind und nur begrenzte Produktivitätspotenziale aufweisen (Becker et al. 2015; Heine und Sablowski 2015). In der internationalen Arbeitsteilung konkurrieren die Unternehmen dieser Sektoren oft mit Unternehmen aus Schwellenländern, die ihrerseits allerdings weitaus billigere Arbeitskräfte einsetzen können (Heine und Sablowski 2015, S. 570 ff.).

Deutlich anders stellt sich die Situation für die Ökonomien des Zentrums dar. Diese gruppieren sich maßgeblich um Deutschland mit seinem produktiven, industriebasierten Kapitalismusmodell. Während Frankreich aufgrund der stärkeren Binnenmarktorientierung innerhalb des Zentrums einen Gegenpol bildet, verfolgen die Benelux-Staaten, Österreich und Finnland ebenfalls eine exportorientierte Strategie und häufen entsprechende Leistungsbilanzüberschüsse an. Mit den Leistungsbilanzüberschüssen korrespondieren zugleich Kapitalexporte – zu einem erheblichen Teil in Form von Krediten – in die europäische Peripherie, die deren Importe und Leistungsbilanzdefizite gleichsam finanzieren (Storm und Naastepad 2016, S. 64 f.). Die Kredite deutscher, aber auch französischer Banken, flossen – wie im Falle Spaniens – in die Bauindustrie und führten dort zu einer Blasenbildung, oder trieben – wie in Griechenland – vermittelt über Konsumkredite die Verschuldung des Staates, aber auch der Privathaushalte voran. Da die Inflationsraten in den Peripherie-Ökonomien höher waren als im Zentrum, führten die einheitlichen Leitzinsen der EZB in der Peripherie zu niedrigen Realzinsen, was wiederum die Schuldenaufnahme begünstigte. Dadurch wurde ein regelrechter Importsog verstetigt, der die Ungleichgewichte in der Eurozone noch vergrößerte (Becker et al. 2013, 2015; Becker und Jäger 2012; Bieling et al. 2016).

Über einen gewissen Zeitraum konnten die Ungleichgewichte zwischen den Eurostaaten durch die günstigen Refinanzierungsbedingungen noch kompensiert werden. Die Zinsen für Staatsanleihen lagen auf einem ähnlichen Niveau, weshalb auch von einer spezifischen „Symbiose von Ländern mit unterschiedlichen Wachstumsperspektiven“ (Miliou und Sotiropoulos 2013, S. 331) gesprochen wurde. In mittel- und langfristiger Perspektive erwies sich diese Symbiose jedoch

als trügerisch, da sich innerhalb des integrierten monetären Rahmens der WWU die stark schuldengetriebenen Entwicklungsmodelle der Peripherie und mit ihnen auch die Prozesse der ungleichen Entwicklung in Europa verfestigten.

---

#### **4 Die Eurokrise als Kulmination europäischer (Macht-)Asymmetrien**

In der Folge der globalen, genauer: transatlantischen Weltfinanzkrise brachen die Sprengsätze der ungleichen Entwicklung in der Eurozone dann auf. Die Banken und Kreditsysteme peripherer Staaten bedurften der staatlichen Intervention und Rettung. Zugleich trieben die Bankenkrise und die staatliche Stabilisierung durch Konjunkturprogramme, Bankenrekapitalisierungen und Rettungsschirme die Staatsschulden in die Höhe (Bieling 2011). Internationale Investoren änderten in der Folge die Risikobewertung der Staatsanleihen, sodass die prekäre Haushaltslage zahlreicher Krisenstaaten fortan mit deutlichen Zinsaufschlägen quittiert wurde. Die Finanzmärkte konnten entsprechend durch Wertpapierspekulationen Euromitglieder leicht in akute Finanzierungsnot bringen (Kaufmann 2012, S. 21). Die Kredite verknappten und verteuerten sich. Die Zins-Spreads auf Staatsanleihen explodierten, sodass die europäische Peripherie in eine lange und tiefe Krisenphase geriet.

Doch nicht nur die Peripherie, die gesamte Eurozone und mit ihr die EU rutschten in eine tiefe, zwischenzeitlich existenzielle Krise. In der Eurokrise offenbarten sich die dargestellten strukturellen Asymmetrien zwischen den Kapitalismusmodellen der Eurozone. Darüber hinaus traten auch die Funktionsdefizite und die institutionelle Prekarität des europäischen Wirtschaftsregierens deutlich zutage. Zahlreiche Annahmen über die Operationsweise der WWU haben sich als nicht haltbar, vielfach sogar kontraproduktiv erwiesen. Das gilt etwa für die Annahme, dass asymmetrische Schocks durch strukturelle Reformen absorbiert werden können, oder auch für die Vorstellung, dass die fiskalpolitischen Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ausreichen würden, um mit temporären zyklischen Störungen fertig zu werden. Wenig konvergenzstiftend war zudem die Erwartung, es bräuchte keine umfassende und verbindliche haushalts- und sozialpolitische Koordinierung (Bieling 2013a). Kurzum, der Kompetenztransfer der Geldpolitik und damit der Wechselkurs- und Zinspolitik in die Hände der EZB erfolgte innerhalb eines institutionellen Settings, das etliche Funktionsdefizite aufwies (Krampf 2014, S. 5 f.; Stiglitz 2016):

- *Erstens* gab es einen Mangel an finanziellen Ressourcentransfers, wie sie etwa die Theorie Optimaler Währungsräume mit einer europäischen Einlagensicherung und einer Art Länderfinanzausgleich zur Abfederung asymmetrischer Schocks vorsieht. Was die Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen für eine antizyklische Wirtschaftspolitik anbelangt, waren vielen Krisenstaaten letztlich die Hände gebunden. Die sehr restriktiv ausgerichteten europäischen Fiskalregeln, die vornehmlich den Defizitländern die Anpassungslasten aufbürdeten und Überschüsse außen vor ließen, standen einer antizyklischen Wirtschaftspolitik diametral entgegen.
- *Zweitens* beschränkte das Verbot monetärer Staatsfinanzierung die Handlungsfähigkeit der EZB. So war es ihr untersagt, Staatsanleihen der Euroländer auf dem Primärmarkt aufzukaufen und ihnen bei Refinanzierungsproblemen direkt unter die Arme zu greifen.
- *Drittens* stellte sich das Finanzaufsichtsregime als problematisch heraus, in dem eine auf einzelne Institute ausgerichtete, nationalstaatlich organisierte mikro-prudenzielle Aufsicht eine Regulierungsarbitrage begünstigte. Eine europäische makro-prudenzielle Finanzaufsicht, die Banken- wie Marktrisiken Rechnung trägt, existierte vor der Finanzkrise praktisch nicht. Das gleiche gilt für einheitliche Regularien bezüglich der Abwicklung von Banken, wenn diese ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können.
- *Viertens* bestand ein weiteres Funktionsdefizit in einer defizitären Koordinierung der Fiskal- und insbesondere der Lohnpolitik. So wird z. B. auf die Notwendigkeit einer expansiven Lohn- und Fiskalpolitik in Ländern mit Exportüberschüssen verwiesen, um die Binnennachfrage zu stärken und damit exorbitante Exportüberschüsse zu vermeiden.

Die Liste der Aspekte der mangelhaft ausgestalteten Währungsunion ist hiermit keineswegs abgeschlossen. In der wissenschaftlichen und europapolitischen Diskussion werden immer wieder weitere, zum Teil allerdings sehr umstrittene Punkte genannt: so etwa das Fehlen automatischer Stabilisatoren (z. B. in Gestalt einer europäischen Arbeitslosenversicherung), die Einführung von Eurobonds zur Vergemeinschaftung eines gewissen Anteils der länderbezogenen Schuldenaufnahme (zur Reduktion der Zins-Spreads und zur Verhinderung ausufernder Zinsaufschläge für Krisenstaaten) und anderen Ideen der europäischen Risiko- und Umverteilung, die über die bestehenden Struktur- und Kohäsionsfonds hinausgehen.

Die Kontroversen über den einzuschlagenden Reformkurs lassen erkennen, dass politische „Lösungen“ nicht einfach funktional erklärbar, sondern das Resultat von politischen Kämpfen sind. Krisen sind selbst immer Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Es prallen unterschiedliche Krisendiagnosen und Lösungsansätze aufeinander, die im politischen und öffentlichen Diskurs um Deutungshoheit und Geltung ringen. Das betrifft auch die Notwendigkeit, die Dringlichkeit und den konkreten Inhalt von Krisenmaßnahmen. Dementsprechende Deutungsmuster materialisierten sich in der EU nicht zuletzt im Übergang von der Finanz- zur sogenannten „Staatsschuldenkrise“. Im Rahmen der Exit-Strategie wurde der Fokus der europäischen Eliten, insbesondere der Europäischen Kommission und einiger nationaler Entscheidungsträger, weg von der Bankenkrise und hin zu den als exorbitant wahrgenommenen Defiziten etlicher Eurostaaten verschoben (Heinrich 2012). Diese Exit-Strategie zielte auf ein schnelles Umschwenken auf einen restriktiven finanzpolitischen Kurs und läutete damit eine neue finanzpolitische Konsolidierungsagenda ein (Bieling 2011, S. 174; Mathieu und Sterdyniak 2012). Der öffentliche Diskurs wurde daraufhin zunehmend in eine Richtung gelenkt, die zu allererst eine unsolide Haushaltspolitik der Eurostaaten, einen zu locker interpretierten Rahmen wirtschafts-, finanz- und geldpolitischer Koordinierung sowie eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit als Krisenursache ausmachte. Diese diskursive Verengung wird vor allem von den Regierungen der Länder des Zentrums, also Deutschland, Niederlande, Österreich und Finnland vorangetrieben, die über beträchtliche Leistungsbilanzüberschüsse verfügen und eine entsprechend starke Gläubigerposition einnehmen (Bieling 2013a, S. 94; Heinrich 2012, S. 407; Matthijs und McNamara 2015).

Diese diskursive Verengung wurde allenfalls dadurch etwas abgeschwächt, dass es auch Schritte hin zur einer europäischen Haftungsgemeinschaft gab. So wurden mit den „Rettungsschirmen“ EFSF und ESM Kreditlinien für besonders krisengeschüttelte Eurostaaten bereitgestellt. Außerdem wurde das Funktionsdefizit einer europäischen Banken- und Finanzaufsicht durch die Bankenunion, inklusive eines einheitlichen europäischen Abwicklungsmechanismus und einer geplanten Einführung einer gemeinsamen Einlagensicherung, verringert. Und auch die unkonventionellen Interventionen der EZB trugen dazu bei, die erhöhten Zins-Spreads abzuschwächen und das Austrocknen des Interbankenmarktes zu verhindern. Jenseits dieser Modifikationen richteten sich die institutionellen Reformen letztlich jedoch vor allem darauf, eine Politik der austeritätspolitischen Konsolidierung in Verknüpfung mit einer angebotsseitig verbesserten Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Peripherie zu verankern. Es kam in dem Sinne zu einer krisenkonstitutionalistischen Transformation des europäischen Wirtschaftsregens (Bieling 2013a, b), dass die Austeritätspolitik vertragsrechtlich in vielen

Maßnahmen des Krisenmanagements festgeschrieben, die Exekutivlastigkeit zulasten demokratischer Kontroll- und Einflussmechanismen befördert und Alternativen zu diesem Restrukturierungspfad deutlich erschwert wurden.

---

## **5 Ziel und Aufbau des Bandes**

Der Charakter von Krisen und deren Bearbeitung lässt sich eigentlich erst von ihrem Ende her gänzlich erschließen. Ob im Fall der Eurokrise das Ende bereits erreicht ist, ist umstritten und ungewiss. Einige Problemfelder sprechen dafür, dass die Krise noch nicht überwunden und die Zukunft der WWU noch immer offen ist. Nach einer zuweilen sehr dramatischen Konstellation hat die Krise allerdings eine Verschnaufpause genommen. Das Schlimmste scheint vorerst abgewendet – wenn auch zu sehr hohen gesellschaftlichen Kosten. Zugleich wird noch immer um die Richtung und die veränderten Formen der europäischen Integration gerungen. Doch auch im Verlauf der Krise können Versuche einer Zwischenbilanz sinnvoll sein und als Orientierungshilfe dienen.

Die bis hierhin nur skizzenhaft dargestellten Reformprozesse bieten Anlass genug, den Verlauf des Krisenmanagements und die Transformation des europäischen Wirtschaftsregierens genauer unter die Lupe zu nehmen. Ziel des vorliegenden Bandes ist es, eine empirische Bestandsaufnahme der unterschiedlichen Facetten des Transformationsprozesses in den Kernbereichen des europäischen Wirtschaftsregierens zu geben. Die Bestandsaufnahme soll sich dabei nicht in einer deskriptiven Darstellung erschöpfen. Es soll analytisch auch darum gehen, die Veränderungen im europäischen Wirtschaftsregieren und die mit ihnen verbundenen Implikationen aufzuzeigen und zu erklären. Es sollen Antworten auf die folgenden Leitfragen gefunden werden: Was hat sich seit dem Ausbruch der Krise im System des europäischen Wirtschaftsregierens genau verändert? Welche strukturellen Faktoren und Akteursstrategien haben die Veränderungen verursacht oder zumindest geprägt? Handelt es sich um eine umfassende Transformation und wenn ja, welchen Charakter hat diese? Wie wirkt sich der Transformationsprozess in den einzelnen Teilbereichen aus? Welche Akteure haben im Institutionengefüge der EU an Bedeutung gewonnen, und warum? Und wie lässt sich das Krisenmanagement der zurückliegenden Jahre interpretieren?

Der Beitrag von Etienne Schneider und Felix Syrovatka diskutiert die unterschiedlichen Vorschläge zur Reformierung der WWU. Der Fokus liegt dabei auf dem 5-Präsidenten-Bericht und dem Reflexionspapier der Europäischen Kommission zur Zukunft der Währungsunion. Die Autoren legen die vielfältigen Unzulänglichkeiten und Widersprüche in der aktuellen Reformdebatte

dar und führen diese maßgeblich auf einen blockierten deutsch-französischen Bilateralismus zurück, der in der Vergangenheit noch als Motor für tiefergehende Integrationschritte funktioniert hat. Diese Blockade ist nach Syrovatka und Schneider auf die zunehmende wirtschaftliche Asymmetrie zwischen den Ökonomien Deutschlands und Frankreichs zurückzuführen, insbesondere auf die Re-Orientierung des deutschen Produktionssystems innerhalb der europäischen und internationalen Arbeitsteilung. Aufgrund der sich daraus ergebenden Divergenz der Interessenlagen kommt es weder bei der Finanzunion noch bei der Vollendung der Banken- oder Fiskalunion zum großen Wurf. Ein Möglichkeitsfenster für weitergehende Integrationschritte, so die Autoren, könnte sich nur durch ein erneutes Aufflackern der Eurokrise ergeben oder durch eine erlahmende Wachstumsdynamik in den Schwellenländern und eine damit verbundene Infragestellung der ausgeprägten Exportorientierung Deutschlands.

*Mathis Heinrich* geht in seinem Beitrag der Frage nach, wie es dazu kommen konnte, dass eine ehemals eher technokratische, auf das primäre Ziel der Preisstabilität verpflichtete Europäische Zentralbank als entscheidender Akteur aus dem europäischen Krisenmanagement hervorging. Er konstatiert eine Veränderung der Operationsweise der Zentralbank sowie eine deutliche Erweiterung ihres Aufgabenspektrums. Die EZB ging im Laufe der Krise zu einer unkonventionellen Geldpolitik über, übte als Teil der Troika Einfluss auf die Strukturanpassungsprogramme in den Krisenstaaten aus und übernahm in der Bankenunion die Aufsicht über die größten Finanzinstitute in der Eurozone. Die Gründe dieser Entwicklung sieht Heinrich in dem Bedeutungszuwachs der Finanzmärkte, aber auch in dem prekären institutionellen Design der Wirtschafts- und Währungsunion. Durch diese Entwicklungen bewegt sich die EZB zunehmend in die Richtung eines anglo-amerikanischen Leitbildes des Central Banking. Die Zentralbank muss neben der Geldpolitik auch den Entwicklungen auf den Finanzmärkten – wie etwa Vermögenspreisen und Wertpapierkursen – zunehmend Rechnung tragen und bei Bedarf auf den Finanzmärkten intervenieren. Die Folgen dieser Kompetenzerweiterung sind weitreichend: Einerseits bedient die EZB damit die Interessen einiger weniger großer Finanzmarktakteure, andererseits steht ihre politische und institutionelle Unabhängigkeit zunehmend auf dem Spiel. Darüber hinaus fügen sich ihre Aktivitäten dem Modus eines exekutiv-lastigen Krisenmanagements ein.

*Joscha Abels* rückt in seinem Beitrag mit der Eurogruppe das informelle Machtzentrum des Krisenmanagements ins Rampenlicht. Dabei konzipiert er die Eurogruppe als institutionellen Fußabdruck einer beschleunigten Entwicklung seit 2010, in der ein genereller Bedeutungszuwachs intergouvernementaler Entscheidungsverfahren, insbesondere der Finanzministerien der Eurostaaten, zu



beobachten ist. In der politikwissenschaftlichen Literatur ist diese Entwicklung bislang nur unzureichend untersucht und diskutiert worden. Der Beitrag zeichnet für ein besseres Verständnis des Bedeutungszuwachses der Eurogruppe ihre historische Entwicklung nach und fragt nach deren Konsequenzen für die gesamteuropäische Governance. Abels identifiziert hierbei drei zentrale Spannungsfelder: ein inkonsistentes Verhältnis zwischen dem institutionellen Entwicklungsgrad der Eurogruppe und ihrer Berufung auf rechtliche Informalität; einen umfassenden Kompetenzzuwachs, der signifikanten Legitimitätsproblemen gegenübersteht; und institutionelle Interessenkonflikte mit anderen Organen des Euroregimes. Für Abels beschleunigt die Eurogruppe als Teil einer exekutiv-dominierten und informellen Euro-Architektur das Krisenmanagement, trägt dabei aber erhebliche Konfliktpotenziale in sich.

Nach dem Bedeutungszuwachs der EZB als supranationalem Akteur und der Eurogruppe als informellem politischen Machtzentrum diskutiert *Milan Babic* die Rolle, die das transnationale europäische Industriekapital im Krisenprozess gespielt hat. Das Anliegen seines Beitrags besteht darin, offen zu legen, wie sich die transnationalen Unternehmen in der Eurokrise mit Blick auf erkennbare Brüche und Zerfallstendenzen in der EU und Eurozone strategisch positioniert haben. Babic geht es um die Frage, ob sich mit Blick auf die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion die strategischen Orientierungen verändern und wie diese Strategien nach außen artikuliert werden. Anhand des Beispiels des European Roundtable of Industrialists (ERT) konzeptualisiert er das strategische Handeln dieses Akteurs als *class agency*, in welcher sich die Aktivitäten des ERT in einer Dreifach-Strategie aus Stabilisierung, Vertiefung und Konsolidierung zusammenfassen lassen. Letztlich konstatiert er einen strategischen Sieg des ERT, da am grundsätzlichen Charakter der neoliberalen Konfiguration der WWU auch während der Krise festgehalten wurde – wenn auch mit gleichzeitig hohen Folgekosten, die sich in der Beschädigung der institutionellen und legitimatorischen Grundlagen des Integrationsprojekts zeigen.

Dass an vormalis festgelegten Pfaden auch nach der Krise festgehalten wird, zeigt der Beitrag von *Simon Guntrum* zur europäischen Finanzmarktintegration. Mit dem Ausbruch der Weltfinanzkrise galten liberalisierte und deregulierte Finanzmärkte als diskreditiert. Auch für die europäische Finanzmarktintegration bedeutete dieses einschneidende Ereignis zunächst einen plötzlichen Stopp. Dieser war aber nur von kurzer Dauer. Seit einiger Zeit nimmt die Finanzmarktintegration mit dem Projekt der Kapitalmarktunion wieder Fahrt auf. Guntrum analysiert die Dynamiken im Bereich der Finanzmarktintegration anhand dreier Phasen: einer beschleunigten Integration vor der Krise, einer Phase der Re-Regulierung während der Krise und der Einleitung einer neuen Phase mit

der Kapitalmarktunion. Dabei wird die europäische Finanzmarktintegration als Abfolge spezifischer Projekte interpretiert, die Gegenstand gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen sind und in welchen sich spezifische materielle Interessenlagen ausdrücken. Die Kapitalmarktunion interpretiert er dabei als „Alten Wein in neuen Schläuchen“, da sie nach der Phase einer regulativ verbesserten Funktionsweise liberalisierter Finanzmärkte darauf abzielt, die Reichweite und Dynamik der finanzdominierten Akkumulation in Europa zu verstetigen.

Im Beitrag von *Julia Lux* und *Jannis Komsopoulos* werden die Interventionsmechanismen der EU in den nationalstaatlichen Domänen der Sozialpolitik analysiert. Es wird konstatiert, dass die EU über vielfältige Optionen und Instrumente der sozialpolitischen Intervention verfügt. Die Reform des Systems des europäischen Wirtschaftsregierens ermöglicht weitere sozialpolitische Interventionen der EU, die einen Angriff auf nationale Sozialsysteme und Arbeitsbeziehungen bedeuten. Sie variieren aber je nach Größe und wirtschaftlicher Position der betroffenen Mitgliedstaaten. Diese Variation wird exemplarisch an den Fallbeispielen Griechenlands und Frankreichs deutlich. Im ersteren Fall sind „harte“ Interventionsformen seitens der „Troika“ und weitreichende Eingriffe in die nationale Sozialpolitik und Arbeitsbeziehungen erkennbar, wohingegen in Frankreich der Interventionismus der EU diskursiver Natur ist und sich insbesondere über das Instrument des Europäischen Semesters ausdrückt.

Mit dem Ausbruch der Eurokrise geriet die EU in die wohl schwerste Legitimitätskrise seit ihrem Bestehen. *Nikolai Huke* und *Angela Wigger* zeigen die Ursachen der Legitimitätsprobleme auf und identifizieren einen Teufelskreis der desintegrierenden Polarisierung. Vor der Krise war ein beschränkender Dissens zu beobachten, der sich vor allem in einer diffusen, desorganisierten und desartikulierenden Ablehnung und in einem anhaltenden EU-Skeptizismus äußerte. Mit dem Ausbruch der Krise und der neoliberalen Reaktion im Rahmen des EU-Krisenmanagements setzte sich die Ablehnung nicht nur fort, sondern spitzte sich in Gestalt einer desintegrierenden Polarisierung weiter zu. Durch autoritär-neoliberal vollzogene Strukturanpassungen vor allem in den Ländern der Eurozonen-Peripherie beobachten Huke und Wigger eine sich vertiefende Kluft zwischen europäischen Eliten und Teilen der nationalen Bevölkerungen, eine Verschärfung der parteipolitischen Gegensätze in den repräsentativen Demokratien, eine Intensivierung der ökonomischen Heterogenität in der Eurozone und eine Zunahme der sozialen Ungleichheit in den Mitgliedstaaten. Im Ergebnis haben Prozesse des sozialen Abstiegs, die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse und die Verschuldung von Privathaushalten, die mit der autoritär-neoliberalen europäischen Integration einhergehen – so die These – radikaldemokratische soziale

Bewegungen auf der einen und nationalistische, völkische und autoritär konservative Kräfte auf der anderen Seite befördert.

Wie soll es denn nun weitergehen mit der europäischen Integration? Dieser Frage gehen *Brigitte Young* und *Willi Semmler* mit dem besonderen Blick auf die Einrichtung einer Fiskal- und Sozialunion nach. Die Ungewissheit über den zukünftigen Pfad könne als produktiver Impuls für neue Ideen fungieren. Basierend auf Richard Musgraves Konzeption eines fiskalischen Föderalismus versucht der Beitrag, institutionelle Voraussetzungen für den finanzpolitischen Kapazitätsaufbau und für die Einführung eines Euro-Finanzministeriums zu analysieren. In einem Verfahren der hybriden Entscheidungsfindung zwischen Nationalstaaten und der EU plädieren Young und Semmler zum einen für eine Sozialunion nach dem Vorbild einer modernisierten Form der sozialen Marktwirtschaft, die auf Ideen des deutschen Ökonomen Alfred Müller-Armack zurückgeht und als Anreiz für einen gerechteren Ausgleich zwischen abstrakten Marktprozessen und sozialer Kohäsion in der EU fungieren kann. Zum anderen sprechen sie sich für eine Fiskalunion mit europäischem Finanzministerium aus, die die Funktion hat, durch Steuereinnahmen fiskalische Kapazitäten für öffentliche Investitionen und für soziale Sicherheitssysteme zu generieren.

*Andreas Nölke* vertritt die gegenteilige Auffassung. In der verbreiteten Skepsis in den europäischen Gesellschaften gegenüber weitreichenden Integrations-schritten reflektiert sich für ihn die Vielfalt der bestehenden nationalen Wirtschafts- und Sozialmodelle. Diese lassen eine weitere Vertiefung hin zu einer Fiskal- und Sozialunion nicht zu. Weitere Schritte der Zwangsintegration förderten stattdessen die Gefahr, den aktuell spannungsgeladenen Dampfkessel zur Explosion zu bringen. Deshalb müssten als Druckausgleich selektive Schritte des Rückbaus eingeleitet werden, die nationale Institutionen unter Bestandsschutz stellen und von einer weiteren Radikalisierung der wirtschaftlichen Integration absehen. Da es zur Stabilisierung der Währungsunion eines großen Wurfs bedarf, dieser aber aufgrund der politischen und gesellschaftlichen Stimmungslage nicht realistisch ist, plädiert Nölke für ein reformiertes Europäisches Währungssystem. Die Austeritätsprogramme der Eurorettung sollten beendet und durch Industriepolitiken zur Wiederbelebung der darbenenden Regionen in Süd- und Osteuropa ersetzt werden.

Abschließend reflektiert *Hans-Jürgen Bieling* die Implikationen der Transformation des Wirtschaftsregierens für die Operationsweise des europäischen politischen Gemeinwesens, d. h. des EU-Imperiums. Er stellt dabei die These auf, dass sich die Implikationen in asymmetrischer Weise ambivalent darstellen. Einerseits weisen die Implikationen teilweise in die Richtung einer vertieften Integration und damit verbunden einer notwendigen Abkehr vom bisherigen

ordoliberal-monetaristischen Leitbild. Andererseits erfolgt die Abkehr aber nur sehr zögerlich und unter harten gesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Konflikten, was die innere Zerrissenheit des EU-Imperiums offenbart. Er konstatiert demzufolge eine konfliktiv-schleichende Veränderung in der Operationsweise des EU-Imperiums, die in der Eurozone durch ein Netzwerk europäischer, nationaler und transnationaler Akteure, die weitere Vertiefungsschritte verlangen, vorangetrieben wird. Letztlich schreitet dieser Prozess aber nur sehr langsam voran, zumal unklar bleibt, was das für die Mitgliedstaaten außerhalb des Kerns bedeutet und inwiefern die EU eine solche Vertiefung überhaupt verkraften kann.

---

## Literatur

- Badinger, H. (2005). Growth effects of economic integration: Evidence from the EU member states. *Review of World Economics*, 141(1), 50–78.
- Becker, J., & Jäger, J. (2012). Integration in crisis: A regulationist perspective on the interaction of European varieties of capitalism. *Competition & Change*, 16(3), 169–187.
- Becker, J., Jäger, J., & Weissenbacher, R. (2013). Abhängige Finanzialisierung und ungleiche Entwicklung: Zentrum und Peripherie im europäischen Integrationsprozess. *Journal für Entwicklungspolitik*, 24(3), 34–54.
- Becker, J., Jäger, J., & Weissenbacher, R. (2015). Uneven and dependent development in Europe: The crisis and its implications. In H.-J. Bieling (Hrsg.), *The political economy of the European union* (Exploring Europe's future, S. 223–236). New York: Open Society Foundations.
- Bickerton, C. J., Hodson, D., & Puetter, U. (2015). The new intergovernmentalism. European integration in the post-Maastricht era. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 53(4), 703–722.
- Bieling, H.-J. (2009). Wenn der Schneeball ins Rollen kommt: Überlegungen zur Dynamik und zum Charakter der Subprime-Krise. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 16(1), 107–121.
- Bieling, H.-J. (2011). Vom Krisenmanagement zur neuen Konsolidierungsagenda der EU. *Prokla*, 41(2), 173–194.
- Bieling, H.-J. (2013a). Das Projekt der Euro-Rettung und die Widersprüche des europäischen Krisenkonstitutionalismus. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 20(1), 89–103.
- Bieling, H.-J. (2013b). Die Krise der Europäischen Union aus der Perspektive einer neo-gramscianisch erweiterten Regulationstheorie. In R. Atzmüller (Hrsg.), *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie* (1. Aufl., S. 309–328). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bieling, H.-J. (2013c). European financial capitalism and the politics of (De-)financialization. *Competition & Change*, 17(3), 283–298.
- Bieling, H.-J., & Buhr, D. (Hrsg.). (2015). *Europäische Welten in der Krise. Arbeitsbeziehungen und Wohlfahrtsstaaten im Vergleich* (Labour Studies, Bd. 11). Frankfurt a. M.: Campus.

- Bieling, H.-J., Jäger, J., & Ryner, M. (2016). Regulation theory and the political economy of the European union. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 54(1), 53–69.
- Bieling, H.-J., & Steinhilber, J. (2000). Hegemoniale Projekte im Prozess der europäischen Integration. In H.-J. Bieling (Hrsg.), *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie* (1. Aufl., S. 103–130). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Blyth, M. (2014). *Wie Europa sich kaputtspart. Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik*. Bonn: Dietz. (Aus dem Englischen von Boris Vormann).
- Copelovitch, M., Frieden, J., & Walter, S. (2016). The political economy of the euro crisis. *Comparative Political Studies*, 49(7), 811–840.
- Crouch, C. (2011). *The strange non-death of neoliberalism*. Cambridge: Polity Press.
- Dehousse, R. (2016). Why has EU macroeconomic governance become more supra-national? *Journal of European Integration*, 38(5), 617–631.
- Deppe, F. (1993). Von der „Europhorie“ zur Erosion – Anmerkungen zur Post-Maastricht Krise der EG. In F. Deppe & M. Felder (Hrsg.), *Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG)* (FEG-Arbeitspapier Bd. 10, S. 7–62). Marburg: FEG.
- Deutschmann, C. (2011). Limits to Financialization. *European Journal of Sociology* 52(03), 347–389.
- Dullien, S. (2014). *Die Euro-Zone nach vier Jahren Krisenmanagement und Ad-Hoc-Reformen. Was bleibt zu tun?* (WISO Diskurs). Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Eichengreen, B. (2007). *The European economy since 1945. Coordinated capitalism and beyond* (The Princeton economic history of the Western world, 5. print., and 1. paperback print). Princeton NJ: Princeton University Press.
- Feld, L., Schmidt, C., Schnabel, I., & Wieland, V. (2015). Divergence of liability and control as the source of over-indebtedness and moral hazard in the European monetary union. <https://voxeu.org/article/divergence-liability-and-control-source-over-indebtedness-and-moral-hazard-european-monetary-union>. Zugegriffen: 19. Okt. 2018.
- Flassbeck, H., & Lapavistas, C. (2013). Die systematische Krise des Euro – wahre Ursachen und effektive Therapien (Rosa Luxemburg Stiftung, Hrsg.) (Reihe Studien). [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Studien/Studien\\_Systemische\\_Krise\\_des\\_Euro.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_Systemische_Krise_des_Euro.pdf). Zugegriffen 28. Apr. 2016.
- Flassbeck, H., & Lapavistas, C. (2015). *Nur Deutschland kann den Euro retten. Der letzte Akt beginnt* (2. Aufl.). Frankfurt a. M.: Westend.
- Gill, S. (1998). European governance and new constitutionalism. Economic and monetary Union and alternatives to disciplinary neoliberalism in Europe. *New Political Economy*, 3(1), 5–26.
- Guiso, L., Jappelli, T., Padula, M., & Pagani, M. (2004). Financial market integration and economic growth in the EU. *Economic Policy*, 19(40), 523–577.
- Hall, P. A. (2014). Varieties of capitalism and the euro crisis. *West European Politics*, 37(6), 1223–1243.
- Hassel, A. (2014). *Adjustments in the eurozone: Varieties of capitalism and the crisis in Southern Europe* (LEQS Paper 76/2014).
- Heine, F., & Sablowski, T. (2015). Zerfällt die Europäische Währungsunion? Handels- und Kapitalverflechtungen. *Krisenursachen und Entwicklungsperspektiven der Eurozone. Prokla*, 45(4), 563–592.

- Heinrich, M. (2012). Zwischen Bankenrettungen und autoritärem Wettbewerbsregime. *Zur Dynamik des europäischen Krisenmanagements. Prokla*, 42(3), 395–412.
- Heinrich, M. (2015). EU governance in crisis: A cultural political economy perspective on European crisis management 2007–2014. *Comparative European Politics*, 13(6), 682–706.
- Heires, M., & Nölke, A. (Hrsg.). (2014). *Politische Ökonomie der Finanzialisierung*. Wiesbaden: VS Springer.
- Herr, H., Prieue, J., & Watt, A. (Hrsg.). (2017). *Saving the euro. Redesigning euro area economic governance*. <https://www.socialeurope.eu/wp-content/uploads/2017/06/EURO-web.pdf>. Zugegriffen 05. Feb. 2019.
- Höpner, M., & Lutter, M. (2018). The diversity of wage regimes: Why the Eurozone is too heterogeneous for the Euro. *European Political Science Review*, 10(01), 71–96.
- Höpner, M., & Seeliger, M. (2018). Transnationale Lohnkoordination zur Stabilisierung des Euro? Gab es nicht, gibt es nicht, wird es nicht geben. *KZfjSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70(S1), 415–437.
- Johnston, A., Hancké, B., & Pant, S. (2014). Comparative institutional advantage in the European sovereign debt crisis. *Comparative Political Studies*, 47(13), 1771–1800.
- Jones, E., Kelemen, R. D., & Meunier, S. (2016). Failing forward? The euro crisis and the incomplete nature of European integration. *Comparative Political Studies*, 49(7), 1010–1034.
- Kaufmann, S. (2012). «Schummel-Griechen machen unseren Euro kaputt». *Beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise* (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hrsg.) (luxemburg argumente Nr. 2), Berlin.
- Kessler, O. (Hrsg.). (2011). *Die Internationale Politische Ökonomie der Weltfinanzkrise*. Wiesbaden: VS Springer.
- Krampf, A. (2014). From the Maastricht Treaty to post-crisis EMU: The ECB and Germany as drivers of change. *Journal of Contemporary European Politics*, 22, 303–317.
- Lehndorff, S. (2015). *Divisive integration. The triumph of failed ideas in Europe – Revisited*. Brüssel: European Trade Union Institute (ETUI).
- Macartney, H. (2009). Variegated neo-liberalism. Transnationally oriented fractions of capital in EU financial market integration. *Review of International Studies* 35(2), 451–480.
- Mathieu, C., & Sterdyniak, H. (2012). Finanzpolitische Exit-Strategien und die europäische Schuldenkrise. *WSI Mitteilungen*, 64(6), 287–296.
- Matthijs, M., & McNamara, K. (2015). The euro crisis' theory effect. Northern Saints, Southern Sinners, and the demise of the eurobond. *Journal of European Integration*, 37(2), 229–245.
- Meyer, D., Schnabl, G., Mayer, T., & Vaubel, R. (2018). *Der Euro darf nicht in die Haftungunion führen!* <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/oekonomen-auf-ruf-euro-darf-nicht-in-haftungunion-fuehren-15600325.html>. Zugegriffen: 18. Okt. 2018.
- Milios, J., & Sotiropoulos, D. (2013). Eurozone: Die Krise als Chance für die kapitalistische Offensive. *Prokla*, 43(2), 317–334.
- Nölke, A. (2016). Economic causes of the eurozone crisis: The analytical contribution of comparative capitalism. *Socio-Economic Review*, 14(1), 141–161.
- Nölke, A. (2018). Finanzialisierung und die Entstehung der Eurokrise: Die Perspektive der Vergleichenden Kapitalismusforschung. *KZfjSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70(S1), 439–459.